

## Regierungsfähig durch mutige Debatten

Ein Diskussionsbeitrag zur Führungsfrage bei Bündnis 90/Die Grünen

*Die Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg hat gezeigt, wie erfolgreiche Führungsarbeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN aussieht. Diese Partei, die eben nicht so ist „wie jede andere“, braucht die lebendige Debatte, in der die Spitze ebenso wie Fachleute, FunktionärInnen und Basis darum ringt, mit Positionen zu überzeugen – und nicht mit Machtwörtern. Nur mit mutigen und klugen Projekten für die nächste Regierungsperiode bis 2013 werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN aber erfolgreich sein. Dabei steht der Partei eine starre interne große Koalition im Wege. Zudem lenkt der Ruf nach medial wirksamen SpitzenkandidatInnen von den eigentlichen Aufgaben ab.*

Nürnberg war als Kontrastprogramm nach dem Sonderparteitag von Göttingen wohlthuend für die Partei. Dass beide Parteitage eine unterschiedliche Dynamik hatten, dass in Göttingen die Fronten verhärtet waren und aufeinander prallten, und in Nürnberg die Diskussion konstruktiv verlief, liegt weniger in der Sache begründet, als vielmehr in der Vorbereitung. Hatten vor Göttingen die meisten Spitzengrünen abgestritten, dass eine Debatte überhaupt notwendig sei, war die Debatte von Nürnberg zur sozialen Sicherung in einem einjährigen Prozess vorbereitet worden. Hatten vor (und nach) Göttingen einige Bundestagsabgeordnete signalisiert, dass sie den Parteitagsbeschluss wenig ernst nehmen würden, gab es vor Nürnberg eine ernsthafte Auseinandersetzung. Hatte vor Göttingen kein Mitglied der Führungscrew ein gutes Wort für die alternativen Anträge übrig, war in Nürnberg die Anerkennung der gegenseitigen Positionen nicht nur im eher integrativ geschriebenen Antrag, sondern auch in den Medienäußerungen erkennbar.

Es wäre ein Leichtes gewesen, die Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherung in Nürnberg gegen die Wand zu fahren. Das gilt für beide Seiten, die an der Diskussion beteiligt waren. Dass das nicht geschah, ist eine erhebliche Leistung. Und es ist die angesagte Vorgehensweise für eine Partei, die in den sieben Jahren ihrer Regierungsbeteiligung einen Crash-Kurs in Realpolitik nach dem anderen durchgemacht hat und von der gerade die vielen neuen Parteimitglieder, die nach 1998 dazu gekommen

sind, mutige und lebendige Debatten einfordern.

Lebendige Debatten gibt es allerdings nicht auf Rezept – und auch nicht ohne Risiken. Lebendigkeit lebt vom offenen Ausgang und vom Konflikt in der Sache. Es ist kein Zufall, dass sie in der Regel nicht aus Berliner Partei- und Parlamentsbüros kommt. Denn nicht nur im Bundestag regiert eine große Koalition, auch in unserer Partei haben sich die Führungsleute der „Linken“ und der „Realos“ in einer großen Koalition eingerichtet. Alle stehen dann unter demselben Antrag und demonstrieren Einigkeit. Es steht aber zu befürchten, dass viele wichtige Debatten dabei von vornherein unterbunden werden. Dass dies bei den beiden zentralen Debatten des Jahres 2007, der friedenspolitischen und der sozialpolitischen, nicht gelang, war positiv, weil es profilbildend war und unsere Partei programmatisch weitergebracht hat. Daran müssen wir anknüpfen.

Wir sind überzeugt, dass es uns als Partei nicht dient, wenn Konfliktpunkte vorher in Formelkompromissen glattgezogen werden. Wir wollen keine innergrüne große Koalition der voreiligen Kompromisse und verschobenen Entscheidungen, sondern Mut, ja Wagemut. Ein „Weiter so“ bringt uns nicht weiter. Wir Grünen werden dann erfolgreich sein, wenn wir innovativ sind. Und eine Innovationskultur braucht offene Debatten, Menschen mit klar wahrnehmbaren Positionen. Dazu gehört auch eine Streitkultur, bei der die inhaltliche und nicht die persönliche Ebene im Vordergrund steht. Weder im Anlehnen an die FDP noch im Wettstreit um „die wahre linke Lehre“ liegt die Zukunft der Grünen. Der Kompromiss daraus ist es aber schon gar nicht. Ein eigenständiges linksliberales Profil orientiert sich nicht an den Problemen der Vergangenheit, sondern setzt am Bruch mit ihr an. Nur wenn dieses Profil klar erkennbar ist, entfalten wir Ausstrahlung.

„Weniger Kontrolle aber mehr Sozialstaat, vor allem durch Investitionen in Sozial- und Bildungsinfrastruktur“ war die spannende Nachricht von Nürnberg, für die wir nun werben müssen. „Gerechter Klimaschutz ohne Anspruch auf Fortführung bisheriger Annehmlichkeiten“ und „innere Sicherheit verbessern ohne Angriff auf die BürgerInnenrechte“ sind weitere Wegmarken eines linksliberalen grünen Profils. Konkrete wirtschaftspolitische Projekte für eine Grüne Marktwirtschaft zu formulieren, die jenseits des überholten Staat-Markt-Streits der 90er Jahre liegt, bleibt als Herausforderung nach dem Nürnberger Parteitag. Im zentralen Gerechtigkeitsthema Bildung müssen wir stärker beschreiben, wie wir radikale Bildungsreformen umsetzen und finanzieren wollen – erst recht in der föderalen Verflechtungsfalle. Nicht zuletzt steht an, einen Weg zu einem

sozialen Europa zu definieren, der im Spannungsverhältnis zwischen grüner Zustimmung zur Europäischen Union und der Kritik an der falschen Ausrichtung der EU-Politik überzeugt.

Nur wer auch bereit ist zu verlieren, kann gewinnen. Doch was heißt gewinnen? Zum Gewinnen sind Wahlprozente eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Nicht die Regierungsbildung 2009 darf die Ziellinie sein, auf die wir zuarbeiten, sondern die Veränderungen, die wir danach umsetzen wollen. Wir wollen in der Partei einen Wettstreit über die Inhalte über die Bundestagswahl 2009 hinaus. Ob wir diese Ziele erreicht haben, wissen wir frühestens im Jahr 2013. Unsere Spitzenleute müssen diesen Anspruch umsetzen, sie müssen die Partei dabei anführen. Versuchen sie hingegen das Denken der Berliner KorrespondentInnen nach Führung in altem Stil zu bedienen, werden sie damit scheitern.

Der politische Jargon spricht von „in der Opposition ankommen“. Er greift jedoch zu kurz, wo er nur eine trotzig Haltung des „immer gegen die Regierung sein“ beschreibt. Das ist so falsch, wie nur auf Teufel komm raus wieder regieren zu wollen. Vielleicht muss es in der Regierung so sein, dass man inhaltliche Positionen, teilweise auch gegen die Partei, mit dem Blick des Kampfes durchficht: Nur rechts-links, richtig-falsch, dazwischen eine dicke Mauer und entweder Sieg oder Parteiaustritt. Wir hoffen, dass das für die Zukunft nicht so bleiben muss und dass aus dieser Haltung eher eine Weltsicht und politische Sozialisation der siebziger Jahre spricht, die mit dem Erscheinen von Fischers Biographie – wie eine Zeitgrenze zwischen den Parteitagen – endgültig Geschichte ist. Und Geschichte sollte damit auch der Stolz Joschkas sein, nie ein Parteiamt inne gehabt zu haben. Denn die richtige Haltung heute lautet ganz anders: Die Partei als Partei wieder ernst nehmen. Wir müssen unsere Partei weiter modernisieren, für neue Interessierte öffnen und Nachwuchs fördern. Es gilt, unsere politische Anschlussfähigkeit und den Austausch mit Initiativen, Projekten und Verbänden deutlich zu verstärken. Nur so werden wir unsere gesellschaftliche Verankerung deutlich ausbauen können und schlagkräftiger bei der Umsetzung politischen Ziele sein. Das wird nur mit einer offenen Debattenkultur gelingen.

Wie wichtig ist vor diesem Hintergrund, mit welchem Spitzenpersonal wir in die nächste Bundestagswahl ziehen werden? Brauchen wir überhaupt die Konzentration auf eine so schmale Spitze, wie es uns die alten und altneuen Parteien vorgaukeln? Wir meinen, dass

wichtiger als die Frage der Spitzenkandidatur die Frage der Spitzenprojekte ist, die wir 2009 bis 2013 umsetzen wollen und für die wir 2009 bei Bürgerinnen und Bürgern werben. Es müssen Identifikationsprojekte sein, hinter denen unsere Partei steht. Jede und jeder aber, die und der sich berufen fühlt, SpitzenkandidatIn zu werden, muss sich daran messen lassen, inwieweit sie oder er bereit ist, den Weg der inhaltlichen Ausrichtung mit der Partei zu gehen. Was jetzt ansteht, ist die Entwicklung der Grünen wieder hin zu einer dynamischen Kraft. Nicht Bewahrung der erreichten Regierungsfähigkeit und Aufrechterhaltung eines angestaubten Machtanspruchs, sondern der Aufbau eines neuen Anspruchs mitzuregieren, ein Aufbruch mit neuen Projekten.

Daran, an ihrem Bemühen, die Partei auf diesem Weg zu unterstützen, werden sich alle KandidatInnen für Spitzenämter messen lassen müssen. Wir brauchen kein Schaulaufen um die Position der Obergrünen, wir brauchen Menschen, die wirklich bereit sind, die Aufbauarbeit mit und für die Partei zu machen. Die Spitzen-Gesichter werden zigtausend mal plakatiert werden – von Ehrenamtlichen in ihrer Freizeit. Ein Bejahen dieser Personen und der gemeinsam erstrittenen Inhalte, ein jedes Mal, wenn man die Plakate mit Kleister einstreicht, ist die Mindestvoraussetzung für einen gelingenden Wahlkampf. Wenn es ein oder zwei Gesichter geben soll, die die Grünen darstellen, dann müssen sie auch die Grünen und vor allem ihren *neuen* Anspruch mitzugestalten, ihren *neuen* Anlauf in die Regierung verkörpern.

Die Frage der Spitzenkandidatur ist daher nur *eine* Frage und nicht die wichtigste, wenn es um die Führung von Bündnis 90/Die Grünen geht. Was Bündnis 90/DIE GRÜNEN heute vor allem brauchen, ist das Anführen einer politischen Bewegung, die auf inhaltliche Veränderungen zielt. Wir meinen: Die Frage des Spitzenpersonals entwickelt sich aus den Leitprojekten. Sie ist Teil unserer Aufstellung für die Wahl. Es geht dann darum, wer medial für die grünen Projekte steht, nicht um eine Parteiführung im Stil einer Joschka-Nachfolge. Die mediale Darstellung grüner Politik wird allerdings nicht nur mit ein, zwei SpitzenkandidatInnen gelingen, sondern braucht eine breitere Aufstellung auch mit neuen Gesichtern. Nur mit dem bisherigen Spitzenpersonal wird ein neuer Anspruch zur Übernahme von Regierungsverantwortung nicht kommunizierbar sein.

Was folgt daraus?

Spitzenkandidatur tiefer hängen!

Die Frage, wer Bündnis 90/Die Grünen tatsächlich führt, wird sich nicht in der Abstimmung

über die Spitzenkandidatur entscheiden, sondern in der wirklichen Führungsleistung für die Partei. Außerdem wird es neben der oder den SpitzenkandidatInnen weitere Menschen brauchen, die in der Öffentlichkeit für grüne Politik stehen.

Spitzenkandidatur mit Leitprojekten verbinden!

Die Personalfragen sollten nicht losgelöst von den zu entwickelnden Spitzenprojekten per Urabstimmung entschieden werden. Sonst geht es monatelang nur um Personalfragen, nur um ein Medienbild ohne Unterbau. Über die SpitzenkandidatInnen sollte deshalb dort entschieden werden, wo auch die Leitprojekte für die Bundestagswahl entschieden werden: auf einer Bundesdelegiertenkonferenz.

Leitprojekte personell verknüpfen!

Wir erwarten, dass ein Spitzenteam die Spitzenkandidatur ergänzt und dass dieses Spitzenteam nicht aus reiner Machtarithmetik innerhalb der bestehenden grüninternen großkoalitionären Struktur gebildet wird. Die Menschen, die wir im Wahlkampf nach vorne stellen, müssen danach ausgewählt werden, dass sie glaubwürdig für die neuen Projekte der Zeit bis 2013 stehen. Das wird nicht nur mit den bekannten Gesichtern gelingen, sondern braucht auch neue Leute mit inhaltlichem Profil.

Debatten organisieren!

Wer den Anspruch erhebt, in den nächsten Jahren Führungsaufgaben zu übernehmen, muss die notwendigen Debatten um die Leitprojekte mitgestalten und eine klar erkennbare Position beziehen. Abwarten überzeugt ebenso wenig wie Fakten schaffen. Wir kommen dann weiter, wenn die Konkurrenz um die Führung zu einem Wettbewerb um gute Ideen wird, die die Mitglieder unserer Partei und schließlich die Wählerinnen und Wähler überzeugen. Wir werden in den nächsten Monaten solche Debatten organisieren, selbst Position beziehen und für wichtige Leitprojekte werben. Diesen Diskussionsbeitrag verstehen wir als ersten Schritt dazu.

Gerhard Schick MdB

Christoph Erdmenger, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt

Robert Habeck, Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Ska Keller, Landesvorsitzende Brandenburg

Jan Philipp Albrecht, Bundesvorstandssprecher Grüne Jugend

Bettina Herlitzius MdB

Anton Hofreiter MdB

Arndt Klocke, Landesvorsitzender NRW

Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB

Anjes Tjarks, Mitglied des Landesvorstands Hamburg

Nils Wiechmann, Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

Ute Koczy MdB

Kai Gehring MdB